

Huwiler zu Microsoft-Kritikern: «Es fehlt an nötigem Expertenwissen»

Finanzdirektor Herbert Huwiler verteidigt den Microsoft-Entscheid des Kantons und kritisiert seine Kritiker scharf.

Damian Bürgi

Seit die Schwyzer Regierung Anfang April verkündet hat, dass man in der kantonalen Verwaltung auf Microsoft setzt, sieht sie sich mit Kritik konfrontiert. Nebst parlamentarischen Vorstössen, die den Entscheid infrage stellten, kritisierten auch die Fryen Schwyzer um IT-Unternehmer Josef Ender den Microsoft-Entscheid scharf.

Enders Hauptkritikpunkt: Besonders schützenswerte Personendaten von Schwyzern dürfen in den US-Clouds – also in den Datenbanken von Microsoft – gespeichert werden, gleichzeitig sollen die Bürger die Entscheidungsgrundlagen zugunsten von US-Clouds nicht öffentlich erfahren können. «E chäche Widerspruch», kommentiert Ender und fragt: «Was hat der Kanton zu verstecken?» (siehe auch Box).

Alternativen wurden geprüft und getestet

Nun meldet sich die Regierung zu Wort, die Replik auf die Kritik ist teils nicht weniger scharf als diese selbst: «Viele der kritischen Argumente und Unterstellungen in der öffentlichen Diskussion entbehren einer effektiven Grundlage und des nötigen Expertenwissens», erklärt Herbert Huwiler, der als Finanzdirektor dem Amt für Informatik vorsteht. Wie vom Regierungsrat «transparent kommuniziert», sollen grundsätzlich keine Daten in die Cloud migriert werden; diese würden weiterhin in den vorhandenen, bewährten und lokalen Fachsystemen bleiben, ergänzt der SVP-Regierungsrat.

Besonders von den Fryen Schwyzern, aber auch aus Teilen der etablier-

«Entgegen der weit verbreiteten Meinung sind Open-Source-Lösungen nicht automatisch kostenfrei oder unabhängig.»



Herbert Huwiler
Schwyzer Finanzdirektor

ten Parteien wird der Regierung weiter vorgeworfen, man habe sich ungenügend mit Alternativen wie Software auf Open-Source-Basis befasst. «Das ist nicht korrekt. Alternativen wurden umfassend evaluiert und getestet», entgegnet Huwiler. Wie man in der aktuellen Experten-Debatte feststelle, würden relevante Open-Source-Produkte für den eigenen Anwendungsfall derzeit unzureichende Sicherheitsstandards bieten. «Das würde insgesamt zu höheren Kosten bei weniger Sicherheit führen.»



Der Entscheid des Kantons, in der Verwaltung auf Microsoft zu setzen, sorgte für Kritik – im und ausserhalb des Parlaments.

Bild: Keystone

Damit liefert der Regierungsrat quasi auch schon indirekt die Antwort auf einen kürzlich eingereichten Vorstoss von Mitte, GLP, FDP und SP. Dieser erfragt, ob ein strategischer Wechsel weg von Microsoft hin zu Open Source der digitalen Souveränität der kantonalen IT dienen würde (der «Bote» berichtete). «Entgegen der weit verbreiteten Meinung sind Open-Source-Lösungen nicht automatisch kostenfrei oder unabhängig.» Aktuell fehle es der Open-Source-Software insbesondere an der

Interoperabilität – also ihrer Fähigkeit, dass unterschiedliche, unabhängige Systeme und Programme nahtlos miteinander kommunizieren und Daten austauschen können. Man würde aber Entwicklungen im Bereich von Open-Source-Lösungen weiterhin eng mitverfolgen. «Der Schritt zur Implementierung von Microsoft 365 ist wohlüberlegt und unter sorgfältiger Berücksichtigung einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung erfolgt», betont der Regierungsrat.

Darum ist der Beschluss geschwärzt

Nebst inhaltlicher Kritik wirft Josef Ender der Regierung «Geheimniskrämerei» vor, da sie den Regierungsratsbeschluss nur mit geschwärzten Stellen herausgegeben habe und weder Machbarkeitsstudie noch Risikoanalyse dazu öffentlich zugänglich gemacht habe. «Es mussten fünf von 23 Seiten geschwärzt werden. Die verwaltungsinterne Konsolidierung stellte dabei den Grossteil (drei Seiten) der Schwärzung dar und ist für die Öffentlichkeit von sehr geringer Relevanz», sagt Herbert Huwiler dazu. Dies sei das übliche Verfahren im Bereich der Informationssicherheit, des Datenschutzes und des Schutzes Dritter. «Geschwärzt wurden sicherheits- und datenschutzrelevante Informationen, wie zum Beispiel die Infrastruktur des Rechenzentrums sowie interne Verwaltungsdetails.»

Bei der Machbarkeitsstudie und der Risikoanalyse handle es sich derweil um interne Zwischenberichte, die nicht dem Öffentlichkeitsprinzip unterstehen und insbesondere «zur Wahrung der Informationssicherheit nicht veröffentlicht werden können», so Huwiler weiter. Allgemein findet der Finanzdirektor, man habe das Bedürfnis nach weiteren Informationen offen aufgenommen. Denn Regierungsratsbeschlüsse seien von Gesetzes wegen im Normalfall nicht öffentlich. «Im Bewusstsein, dass die Verwendung von Microsoft 365 von öffentlichem Interesse ist, hat der Regierungsrat bereits früh und transparent über eine Medienmitteilung informiert», lässt der Regierungsrat verlauten. (dabu)

Asylwohnungen in Trachslau: Happige Vorwürfe an Bezirksrat

Horrorszenarien vor Abstimmung, Asbest-Vorfall und schlampiges Baugesuch: Beim Umbau des Schulhauses in Trachslau liegt einiges im Argen.

Dominik Jordan

Das alte Schulhaus in Trachslau ist seit Längerem ein Zankapfel im Bezirk Einsiedeln. Nur knapp mit 51,5 Prozent Ja-Stimmen hat das Stimmvolk im November 2024 eine Ausgabenbewilligung in Höhe von 330'000 Franken gutgeheissen, damit dort sechs Wohnungen für Familien aus dem Asylbereich realisiert werden können. Nun werden in einem Artikel im «Einsiedler Anzeiger» aber happige Vorwürfe gegenüber dem Bezirksrat erhoben.

Zum einen schreibt das Blatt, der Bezirksrat habe in der Botschaft damit gedroht, der Bezirk müsse eine Ersatzabgabe von fast einer Million Franken zahlen, sollte Einsiedeln nicht genügend Asylplätze zur Verfügung stellen. Nun schreibt der «Einsiedler Anzeiger»: «Die Millionen-Drohung diene dem Bezirksrat als starkes Druckmittel, entspricht aber kaum den tatsächlichen Abläufen beim Kanton.» Untermauert wird dies mit Aussagen von Marcel Käselau, dem Abteilungsleiter Asylwesen des Kantons, der klar macht, dass der Kanton den Gemeinden das Geld nicht aus der Kasse ziehen möchte.

Unrealistisches Horrorszenario

Die Zeitung schreibt weiter, Zwangszuweisungen von Asylsuchenden würden



Das alte Schulhaus in Trachslau vor dem Umbau.

Bild: Dominik Jordan

erst vorgenommen, wenn eine Gemeinde ihren Verteilschlüssel zu weniger als 80 Prozent erfüllen würde. Und Zwangszuweisungen seien erst die Vor-

stufe zu den Ersatzabgaben. Weil Einsiedeln stets komfortabel über der 80-Prozent-Marke war, kommt der «Einsiedler Anzeiger» zum Schluss:

«Das vom Bezirksrat skizzierte Szenario, dass der Bezirk für 25 Personen, die im Schulhaus Trachslau nicht aufgenommen werden könnten, eine Million

Franken zahlen muss, ist unrealistisch.» Mehr noch: Es dränge sich der Verdacht auf, dass der Bezirk das «theoretische Konstrukt der Millionenstrafe» dafür nutzte, «um an der Urne für ein Ja zu sorgen».

Gleichzeitig zeigen Recherchen der Zeitung, dass die veranschlagten 330'000 Franken für den Umbau nicht reichen. Statt aber einen Nachtragskredit einzuholen, wird nun einfach auf eine Wohnung verzichtet, sodass nur noch fünf realisiert werden. Hinzu sei ein Vorfall mit asbestbelasteten Bauteilen gekommen, der die Suva auf den Plan gerufen habe. Zwar seien nur niedrige Asbestwerte gemessen worden, doch zwei betroffene Räume mussten durch eine spezialisierte Firma gereinigt werden.

Weiter ist es laut dem Bericht im «Einsiedler Anzeiger» zu Ungereimtheiten beim Baugesuch gekommen. Denn vor der Abstimmung war klar, dass das Schulhaus nur vorübergehend als Asylunterkunft genutzt werden soll. Doch in der Baubewilligung des Bezirks vom Mai 2025 war davon keine Rede mehr. «Der Regierungsrat des Kantons Schwyz korrigierte dies und befristete die Baubewilligung auf fünf Jahre», schreibt die Zeitung. Gemäss dem Bericht können die nun noch fünf geplanten Wohnungen Ende August 2026 bezogen werden.